Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 49. Sonnabend den 18. Februar 1888. 82. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 19. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 4. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis zum **11. März d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält

Nr. 1767. Gesetz, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht. Vom 11. Februar 1888.

Leipzig, den 16. Februar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung,

die gewerbsmäßige Veranstaltung von **Singspielen u. s. w.** betreffend.

Betreffs aller Singspiele, Gesangs- und declamatorischer Vorträge, Schaustellungen von Personen oder theatralischen Vorstellungen, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, haben wir im Einvernehmen mit dem Polizeiamt folgende Bestimmungen getroffen, welche vom 1. März dieses Jahres ab in Kraft treten, und auch auf alle schon bestehenden Unternehmungen von Singspielen u. s. w. Anwendung finden:

1) Der Schluß der Vorstellungen hat auch während der Messen spätestens um 11 Uhr stattzufinden,

2) die Meßzeit, soweit sie zur Abhaltung von Singspielen u. s. w. berechtigt, ist auf die Vorwoche, die Böttcher- und die Meßwoche, jedoch einschließlich des Sonntags vor der Zahlwoche, zu Neujahr auf die Zeit vom 2. bis mit 9. Januar beschränkt.

Diejenigen, welche Singspiele oder sonstige Aufführungen der bezeichneten Art gewerbsmäßig veranstalten oder zu deren öffentlicher Veranstaltung ihre Räume benutzen lassen, haben für die genaue Befolgung dieser Bestimmungen einzustehen und haben für einen jeden Zuwiderhandlungsfall, soweit nicht eine höhere Strafe einzutreten hat, Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder Haft bis zu 14 Tagen zu gewärtigen.

Außerdem bleibt die polizeiliche Schließung der außer den oben bezeichneten Zeiten stattfindenden oder über dieselben hinaus ausgedehnten Vorstellungen vorbehalten.

Leipzig, den 13. Februar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Der Umbau der Hauptschleuße in der Nordstraße zwischen den Kreuzungen der Ring- und Keilstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diesen Schleußenbau liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Schleußenbau in der Nordstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. März d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 13. Februar 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
lb. 559. **Straßenbaudeputation.**

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 14. Januar 1888.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig ꝛc.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig ꝛc., **deren Herstellung im laufenden Jahre** gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 1. März** bei der Ober-Postdirection anzumelden.

Für Anmeldungen, welche **nach dem 1. März** eingehen, kann auf die Ausführung in der diesjährigen Bauperiode mit Sicherheit **nicht gerechnet werden.**

Einer Erneuerung der hier bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Leipzig, den 8. Februar 1888.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Submission.

Bei dem unterzeichneten Proviant-Amte soll auf die Zeit vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 der Bedarf an Salz, sowie an Fuhren im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden und wird hierzu

am 25. Februar Vorm. 10 Uhr Termin für die Salzlieferung und
" " " " 11 " " " " Fuhrengestellung

anberaumt. Die alles Weitere enthaltenen Bedingungen liegen im Bureau der unterzeichneten Stelle, Schloß Pleißenburg, Thurmhaus, II. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Königliches Proviant-Amt.

Nichtamtlicher Theil.

Die öffentliche Meinung in Frankreich.

So einmüthig das, was man öffentliche Meinung nennt, sich zuweilen und regelmäßig in Zeiten großer Erregung in Frankreich kund zu geben pflegt, so treten doch auch wieder Perioden ein, in welchen über Lebensfragen die Ansichten auseinander gehen. Eine solche Meinungsverschiedenheit ist in diesem Augenblicke über das Verhältniß Frankreichs zu Deutschland und die damit in Verbindung stehende elsaß-lothringische Frage in der Entwicklung begriffen. Bischof Freppel begegnet sich mit dem „Figaro" in der Ansicht, daß die Rückerwerbung Elsaß-Lothringens auf friedlichem Wege geschehen könne, wenn auch beide über die Form und über die Mittel der Rückerwerbung verschiedener Meinung sind. Bischof Freppel schlug bei der Berathung über den Tonkincredit vor, daß man Elsaß-Lothringen mit den Reichthümern, welche durch den Colonialbesitz erworben würden, zurückkaufen könne. Der „Figaro" faßt die Sache in dem Sinne auf, daß zunächst der Haß gegen Deutschland zu überwinden sei, dann würde sich die Frage der Zukunft Elsaß-Lothringens von selbst lösen. Bischof Freppel erntete für seinen Vorschlag in der Kammer allgemeines Murren, und der Artikel des „Figaro" hat bisher kein Echo erweckt, aber als Kennzeichen der Lage sind beide Kundgebungen beachtenswerth. Sie würden nicht gewagt haben, an die Oeffentlichkeit zu treten, wenn nicht der Boden für sie bereitet gewesen wäre, und diese Aenderung hat ihre Quelle in der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses und in der Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar mit ihren Folgen.

Der Gedanke des Rachefeldzuges ist deshalb keineswegs aufgegeben, aber Frankreichs hat sich die bisher nur ganz vereinzelt eingestandene Ueberzeugung bemächtigt, daß ein Angriff gegen Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Selbstmord gleichkommen würde. Der „Figaro" macht die für ein großes französisches Blatt ganz überraschende Bemerkung, daß selbst ein siegreicher Krieg für Frankreich nur eine Quelle namenlosen Elends für die unteren Schichten des Volkes und die Ursache unabsehbarer neuer Kriege sein würde. Ein so objectives unbefangenes Urtheil hat bisher kein französisches Blatt auszusprechen gewagt, und weil diese Einsicht so spät kommt und als eine Art von Wunder erscheint, deshalb kann man mit Sicherheit annehmen, daß sie nicht das Ergebniß einer endlich zum Durchbruch gelangten Erkenntniß der Wahrheit, sondern daß sie durch die Noth der augenblicklichen Umstände abgedrungen worden ist.

Aber auch in dieser Gestalt würde uns der Anfang einer Aenderung zum Besseren willkommen sein, wenn nur Sicherheit darüber bestände, daß es sich nicht um eine vorübergehende, schnell wieder verfliegende Stimmung handelte, sondern um die Anbahnung eines dauernden Zustandes. Leider ist dazu nur sehr geringe Aussicht vorhanden, das Fünkchen Vernunft, was im „Figaro" zur Erscheinung getreten ist, scheint seinen Ursprung dem Wunsche zu verdanken, dadurch den Abschluß des französisch-russischen Bündnisses, welcher seit Kurzem in weite Ferne gerückt war, wieder in größere Nähe zu bringen. Die Aussöhnung zwischen Floquet und Mohrenheim ist vielleicht mit zu großem Geräusch verkündet worden, das hat in Gatschina Unbehagen erzeugt und dadurch ist die in Paris erwartete Wirkung wieder in Frage gestellt worden. Daraus scheint die Nachricht zu deuten, daß Kaiser Alexander mit der Auslegung, welche ein bloßer Höflichkeitsact gefunden habe, nicht einverstanden sei. Die Richtigkeit solcher Meldungen läßt sich niemals eher feststellen, als bis sie von maßgebender Stelle bestätigt sind, und das wird in diesem Falle kaum geschehen; aber schon die Thatsache der Meldung an sich deutet auf Schwierigkeiten, die sich aus der Annäherung zwischen Floquet und Mohrenheim für das Verhältniß Frankreichs zu Rußland ergeben haben.

Diplomatische Schritte von der Tragweite der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses und der Rede des Reichskanzlers haben immer ganz bestimmte Gründe, welche der Natur der internationalen Beziehungen gemäß nicht sogleich offen zu Tage liegen, sondern erst im Laufe der Zeit klar zu werden pflegen. Aber so viel ist doch schon heute erkennbar, daß die Triebfedern beider Schritte in Petersburg und in Paris zu suchen sind. Wenn die Franzosen mit der gegenwärtigen Gestalt ihrer auswärtigen Beziehungen zufrieden wären, so würden sie die Freude darüber nicht zu zügeln vermögen, sie würde in überschwenglicher Weise kund werden und keine Rücksicht der Klugheit würde etwas daran ändern. Aber gerade das Gegentheil ist der Fall, es macht sich eine Gedrücktheit der Stimmung, eine Niedergeschlagenheit bemerkbar, die mit Sicherheit darauf schließen läßt, daß die seit langer Zeit mit Zuversicht gehegten Hoffnungen eine herbe Täuschung erfahren haben, daß Frankreich genöthigt ist, vorläufig seinen Wünschen Schweigen aufzuerlegen.

Der Ernst dieser Thatsache tritt auch in den Aeußerungen des Mißbehagens über die Innigkeit der Beziehungen Italiens zu Deutschland hervor und in dem Schwanken der italienischen Politik Frankreichs. Gestern jauchzte Frankreich noch dem Minister Flourens zu, als er von der Nothwendigkeit sprach, die vorgeschobene Schildwache Frankreichs, Briançon, in besseren Vertheidigungszustand zu setzen, heute ist bereits von der Erneuerung des Handelsvertrages mit Italien die Rede. Solch schroffe Stimmungswechsel sind immer das Kennzeichen einer an Verzweiflung grenzenden Unsicherheit, und diese hat sich Frankreichs seit 14 Tagen bemächtigt; die Hoffnungen auf einen baldigen ruhmvollen Feldzug, den Rachezug gegen Deutschland zur Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens und sonstige Vergrößerungen des französischen Gebiets sind tief herabgestimmt, und die harte Nothwendigkeit, sich auf eine neue lange Frist der Entbehrung vorzubereiten, kommt überall zum Bewußtsein.

Auch die Candidatenreise Flourens' bietet für diese Aenderung der Sachlage klar erkennbare Merkmale. In Briançon, wo er die Möglichkeit eines Krieges gegen Italien durchblicken ließ, wurden ihm die größten Huldigungen zu Theil, in Gap, wo er die Erhaltung des Friedens als die Vorbedingung eines gesunden Fortschrittes bezeichnete, hat man ihn ausgepfiffen. Die Rede Flourens' in Gap läßt sich schwer charakterisiren, halb bereitet sie auf den Krieg vor, halb war sie der Sache des Friedens gewidmet. Als die erste Sorge bezeichnete er die Reform der Organisation der Armee und ihre Verstärkung auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht, und trotzdem erklärte er, daß der Fortschritt der Demokratie den Frieden als Basis voraussetze. Das mag der gegenwärtigen zweideutigen und schwankenden Lage entsprechen, aber auf allgemeines Verständniß einer großen Menge von Wählern aus allen Ständen haben solche Darlegungen nicht zu rechnen.

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist heute nicht feststellbar, sie ist an einem Wendepuncte angelangt, der erst dann klar hervortreten wird, wenn eine entscheidende Wendung nach irgendeiner Richtung hin geschehen ist. Eine solche Wendung ist offenbar in der Vorbereitung begriffen, zahlreiche Zeichen deuten darauf hin, daß dem Ministerium Tirard bald ein Ministerium Floquet folgen wird. Dieses Ministerium hat es mit dem Ministerium Gambetta gemein, daß ihm große Erwartungen vorangehen, aber zur Verwirklichung solcher ist auch ein geeigneter Zeitpunct nöthig und an diesem scheint es Floquet nicht minder zu fehlen als Gambetta. Das Ministerium Gambetta trat nach einer ruhmlosen Amtsführung von zwei Monaten zurück und die Zeitläufte sind so geartet, daß sie einem Ministerium Floquet kein günstigeres Prognostikon stellen. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist noch launenhafter und noch mehr von Zufälligkeiten abhängig als anderswo, aber sie gewährt wenigstens ein ziemlich treues Bild der thatsächlichen Verhältnisse.

*

Leipzig, 18. Februar 1888.

* In der **Arbeiterschutzfrage** nimmt die Regierung nach wie vor eine sehr zurückhaltende Stellung ein. Bei Besprechungen dieser Art im Reichstag, wie neulich über die Sonntagsruhe, pflegt sie sich gar nicht zu betheiligen, die fast einstimmig gefaßten Beschlüsse der vorigen Session über die Frauen- und Kinderarbeit hat der Bundesrath abgelehnt, ohne daß Anzeichen hervorgetreten wären, daß er seinerseits Vorschläge auf diesem Gebiet auszuarbeiten gedenkt. Ohne Zweifel befindet sich die Regierung in diesen Dingen nicht im Einklang weder mit der großen Mehrheit des Reichstags, noch mit der öffentlichen Meinung. Das Bedürfniß nach weiterer gesetzlicher Einschränkung der Sonntagsarbeit scheint allerdings nach den neuesten umfangreichen Ermittelungen kein so dringendes zu sein, wie es kirchliche Eiferer auf der Rechten und im Centrum behaupten. Immerhin wäre es, wie im Reichstag von allen Seiten zugegeben wurde, wünschenswerth, ja nothwendig, daß auf reichsgesetzlichem Wege die herrschenden Willkürlichkeiten und Verschiedenheiten so weit als thunlich und zweckmäßig beseitigt und eine wirkliche Sonntagsruhe eingeleitet würde. Der Abg. Struckmann wünschte eine Aufforderung an die Regierung zu richten, gewisse größere Gesichtspuncte in der Behandlung der Sonntagsfrage auszuscheiden und reichsgesetzlich zu fixiren. Dringender aber noch dürfte eine Reform der Bestimmungen über die Frauen- und Kinderarbeit sein, und es ist zu bedauern, daß der Bundesrath weder die sehr maßvollen Beschlüsse der vorigen Session angenommen hat, noch Miene macht, seinerseits die Frage in die Hand zu nehmen. Unter den Maßregeln zur inneren Bekämpfung der Socialdemokratie, zur Erhöhung der Zufriedenheit in den arbeitenden Classen sind neben den Gesetzen zur Fürsorge bei Unfällen, Krankheiten und Invalidität humane und wohlthätige Arbeiterschutz-Vorschriften von ganz besonderer Wichtigkeit. Der Eifer, mit welchem die socialdemokratischen Redner im Reichstag für alle Vorschläge dieser Art eintreten, selbst wenn sie mit so viel kirchlicher Tendenz verquickt sind, wie die conservativ-clerikalen Anregungen, sollte doch als Beweis betrachtet werden, daß Verbesserungen auf diesem Gebiete auch in den socialdemokratischen Arbeiterkreisen als Bedürfniß empfunden werden, die kühle Ablehnung aller derartigen Vorschläge Mißstimmung erregt und der Aufhetzung durch Verdächtigung der arbeiterfreundlichen Ziele der Regierung neuen Stoff liefert. Wir hoffen, die wiederholten Anregungen des Reichstages werden auch in Regierungskreisen diese Fragen in etwas lebhafteren Gang bringen.

* In Sachen des Gesetzentwurfs für den **Verkehr mit Wein** hat nun auch der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" eine Petition an den Reichstag gesandt, in welcher derselbe Standpunct vertreten wird, den die Handelskammern zu Frankfurt a. M., Wiesbaden, Coblenz und Köln eingenommen haben. Nach eingehender Darlegung der in Betracht kommenden Momente erbittet die Eingabe, daß folgende Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden: 1) Die Herstellung von Kunstwein wird untersagt und ein Zuwiderhandeln als Betrug bestraft. 2) Die rationelle Weinverbesserung durch Zusatz von reinem Rohr- oder Rübenzucker — nicht Traubenzucker — und Wasser vor der ersten Gährung ist gestattet. 3) Die so erzielten Weine können ohne Anzeigepflicht darüber, was mit ihnen vorgenommen wurde, in Verkehr genommen werden.

* Wenn auch die **schleswig-holsteinische** Ritterschaft längst aufgehört hat, die hervorragende Rolle im öffentlichen Leben Schleswig-Holsteins zu spielen, die sie besonders beim Beginn des Kampfes gegen Dänemark freiwillig übernommen hatte, so hat es doch auch bis in die neueste Zeit hinein nicht an hervorragenden Vertretern dieses alten Adelbundes gefehlt, die sich durch echten Patriotismus, durch Hochsinnigkeit und Selbstlosigkeit im öffentlichen Dienste ausgezeichnet haben. Zu diesen gehörte in allererster Linie der Graf Emil Rantzau auf Rastorff, der kürzlich einem schweren Leiden erlegen ist. Etwa vor einem halben Jahre erkrankte der 60jährige Mann an einer Darmverschlingung, die einen so traurigen Verlauf nahm, daß man sich zur Operation entschließen mußte, die, in ähnlichen Fällen wiederholt von Esmarch's Meisterhand mit glücklichstem Erfolge ausgeführt, auch diesmal Hoffnung auf Wiederherstellung gewährte; aber die Kräfte des Grafen werden durch die langwierige Krankheit zu geschwächt gewesen sein; in der Nacht zum Mittwoch trat sein Tod ein. Graf Emil Rantzau gehörte stets zu den treuesten Freunden Preußens und einen begeistertsten Anhänger von Kaiser und Reich hat es nirgends gegeben. Obgleich politisch mit der Mehrheit seiner engeren Landsleute nicht übereinstimmend, genoß er wegen der vortrefflichen Eigenschaften seines Charakters allgemeines Vertrauen. Seit dem Jahre 1869 war er Landtagsmarschall, und als Vorsitzender des provinzialständischen Ausschusses hat er die provinzielle Selbstverwaltung durch seine Einsicht und Gewissenhaftigkeit gefördert und zu hohem Ansehen gebracht. Als Vorsitzender des Provinziallandtages wird Graf Reventlow-Preetz (der Sohn des Statthalters) an seine Stelle treten. Der Verstorbene ist ein Vetter des Grafen Kuno Rantzau, des Schwiegersohnes des Fürsten Bismarck.

* * *

* **Aus Wien**, 16. Februar, meldet uns das „Wolff'sche Bureau":

Bei der heutigen Berathung des **Abgeordnetenhauses** über den Gesetzentwurf, betreffend das Verhältniß der akademischen Behörden zu den Studentenvereinen, wies der Unterrichtsminister v. Gautsch auf die diesbezügliche Gesetzgebung in Deutschland hin, indem er zugleich sagte, daß das akademische Vereinswesen eine specifisch deutsche Einrichtung sei. In Preußen gelte infolge eines Gesetzes die Verordnung vom 1. October 1879, die im Reichsrathe Dasjenige bestimme, was der vorliegende Gesetzentwurf enthalte. (Der Minister las die betreffenden Bestimmungen vor.) Aehnliches gelte auch für die Universität Gießen. Das Wichtigste und vielleicht Ernsteste in dieser Beziehung sei aber das Gesetz vom 28. Februar 1878, das in Sachsen für die Universität Leipzig erlassen sei. Dieses Gesetz — dessen bezügliche Bestimmungen der Minister ebenfalls verlas — sei von einem Manne contrasignirt, der sich um das deutsche Universitätswesen die größten Verdienste erworben habe, selbst Professor gewesen sei und in der Wissenschaft einen glänzenden Namen habe, dem Unterrichtsminister von Gerber. Der Minister wendete sich dann gegen die Behauptung, daß gegenwärtig Kampf geführt werde gegen den deutschen Geist an den österreichischen Hochschulen, und fragte, ob dieser Kampf vielleicht darin bestehe, daß die Unterrichtsverwaltung bestrebt sei, nach Erforderniß hervorragende Gelehrte für wichtige Lehrstühle aus Deutschland zu gewinnen, wie dies erst kürzlich mit der glücklichen Berufung eines bedeutenden Gelehrten aus Straßburg der Fall gewesen sei. Mit diesem Gesetzentwurfe solle gar keine bestimmte Nation gemeint oder getroffen sein. Wenn aber davon die Rede sei, daß der Kampf speciell gegen den deutschen Geist geführt werde, so erinnere er an das Wort eines Mannes, dessen Name Klang habe, so weit es deutsche Wissenschaft gebe, und der die Universitätsverhältnisse genau kenne, an das Wort Dubois Reymond's: „Die Universität, dem königlichen Palaste gegenüber einquartiert, war von jeher das geistige Leibregiment der Hohenzollern'schen Dynastie." Das sei deutscher Geist, und solchen Geist, ins gut Oesterreichische übersetzt, erwarte er auch von den österreichischen Universitäten.

* Einer Meldung aus **Pest** zufolge haben der **ungarische** Ministerpräsident, der Landesvertheidigungs- und der Communicationsminister sich nach Wien begeben, um einem Kronrath beizuwohnen, der über die Einberufung der Delegationen für Ende März entscheiden soll. Andererseits werden von Pest aus verbreitete beunruhigende Meldungen über neue und verstärkte russische Truppenbewegungen, welche einen verstärkten Depeschenwechsel zwischen Wien und Berlin veranlaßt haben und eine außerordentliche Session der Delegationen nothwendig machen sollen, in Wiener unterrichteten Kreisen als unbegründet bezeichnet. Von einer Verschärfung der Lage sei keine Rede, noch weniger von einer Einberufung der Delegation vor dem bereits bekannten Zeitpuncte.

* Wie der „Politischen Correspondenz" aus **Warschau** geschrieben wird, hat der Gouverneur von **Podolien**, welcher in letzter Zeit sein Verwaltungsgebiet längs der Grenze bereiste, sein Augenmerk insbesondere auch den Communications-Mitteln zugewendet und mehrfache Verfügungen zur Instandhaltung der wichtigeren **Straßen** getroffen. Ueberhaupt wird gegenwärtig seitens der russischen Verwaltungsbehörden auf den guten Stand der in Grenzdistricten gelegenen Straßen großes Gewicht gelegt und sind den betreffenden Organen ihre diesfälligen Obliegenheiten eingeschärft worden. — In **Kowno** werden weitere **Kasernenbauten** in Aussicht gestellt. Der Stand der dortigen Garnison wurde letzthin um zwei Feldbatterien vermehrt.

* **Ehe die frühere Königin von Spanien, Isabella**, unlängst **Madrid** verließ, waren in Spanien selbst, sowie insbesondere in Frankreich und England allerlei Gerüchte verbreitet, nach denen die Exkönigin wegen politischer Umtriebe gewissermaßen in die Verbannung gehen sollte. Bald hieß es, sie würde nach Paris reisen, bald, sie würde sich zu den „Jubiläumsfeierlichkeiten des Papstes" nach Rom begeben. Diesen Gerüchten sollte ein Ende bereitet werden, als die Mutter Alfons' XII. nach Sevilla abreiste und die Königin-Regentin sowie der Conseilpräsident Sagasta ihr das Geleit gaben. Hatten doch mehrere Blätter sogar angekündigt, daß die Exkönigin Isabella, von einigen höheren Polizeibeamten escortirt, das Land verlassen würde. Was die angeblichen politischen Umtriebe betrifft, so sollten insbesondere mit Romero Robledo Beziehungen zum Sturze Sagasta's und zur Fernhaltung Canovas' del Castillo von der Exkönigin angeknüpft worden sein. Das Organ Romero Robledo's und des mit ihm verbündeten Generals Lopez Dominguez, „El Resumen" erklärt nun, wie französischen Blättern aus Madrid telegraphisch gemeldet wird, von Neuem, daß das Ministerium Telegramme und Briefe, welche von Mitgliedern der königlichen Familie ausgingen, aufgefangen habe. Diese Mittheilung erscheint jedoch um so weniger glaubhaft, als der Minister des Innern alle bezüglichen Anschuldigungen bereits mit Entschiedenheit zurückgewiesen hat. Trotzdem fordern die von Romero Robledo inspirirten Organe das Ministerium auf, sich klar und deutlich zu erklären, ob es in der That Maßregeln ergriffen hat, um die Exkönigin Isabella und den Herzog von Montpensier fernzuhalten. Andererseits wird das Cabinet Sagasta ersucht, die eventuell getroffenen Maßregeln durch officielle Mittheilungen über die von der Mutter Alfons' XII. von Neuem angezettelten Intriguen zu rechtfertigen.

* Nach einer Meldung aus **Rom** erfahren die Meldungen von einer angeblich bevorstehenden Rückberufung des **italienischen Expeditions-Corps** aus Afrika in Kreisen, die der italienischen Regierung nahestehen, den bestimmtesten Widerspruch. Im Gegentheile steht in militärischen Kreisen ein Vorstoß zum Zwecke der Besetzung von Kilet, welches 12 km über Sahati hinaus in der Richtung auf Kamara liegt, in ernster Erwägung.

* In **Guayaquil** sind ernste Ruhestörungen ausgebrochen, weil ein Priester, der Stellvertreter des dortigen Bischofs, die Richter des obersten Gerichtshofes excommunicirt hat. Die Volksmenge rottete sich vor dem bischöflichen Palast zusammen und begann die Fenster des Gebäudes einzuschlagen, die Polizei gab Feuer und mehrere Personen wurden getödtet oder verwundet. Dem Pöbel gelang es später, den Palast in Brand zu stecken, und unter den Rufen des Volkes: „Nieder mit den Priestern!" brannte dieser vollständig ab.

Vom Kronprinzen.

* Dem „Deutschen Reichsanzeiger" geht aus San Remo von autorisirter Stelle folgende (bereits in telegraphischem Auszuge gegebene) Mittheilung zu:

Auf den Wunsch Sr. kaiserlichen Hoheit des **Kronprinzen**, meine Ansicht über seine Krankheit zu veröffentlichen, benutze ich die Gelegenheit, einige ungenaue Mittheilungen, welche mir zugeschrieben worden sind, zu berichtigen.

Es ist eine allgemein verbreitete Meinung, daß ich annehme, die Krankheit, an welcher Se. kaiserliche Hoheit leidet, sei nicht Krebs. In diesem Bericht sind die Worte: „Krebs" und „malign", „bösartig", als Synonyma gebraucht. Meine Ansicht von der Sache, welche ich beständig aufrecht erhalten habe, ist die, daß kein Beweis von dem Vorhandensein eines Krebses erbracht worden ist. Um eingehender zu sprechen: Als ich im Mai vorigen Jahres in Berlin anfam, erklärte ich den Collegen gegenüber, daß meines Erachtens die Erscheinungen im Kehlkopf einen neoplastischen Charakter trügen, d. h. die Krankheit könne gutartig oder bösartig sein, der Charakter derselben könne nur durch mikroskopische Untersuchung festgestellt werden. Zu diesem Zwecke wurde von mir ein Stück des erkrankten Gewebes herausgenommen und von Professor Virchow untersucht, welcher nichts Malignes darin entdecken konnte,